



Matthias W. Birkwald
Mitglied des Deutschen Bundestages
Rentenpolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Matthias W. Birkwald, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An den
Präsidenten des
Sozialverbandes Deutschland - SoVD
Herrn Adolf Bauer
Stralauer Straße 63

10179 Berlin

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215
Fax 030 227 – 76215
E-Mail matthias-w.birkwald@bundestag.de

Wahlkreis

Venloer Str. 440
50825 Köln

Telefon 02 21 – 53 09 78 40
Fax 02 21 – 53 09 78 55
E-Mail matthias-w.birkwald@wk.bundestag.de

Berlin, 13.08.2010

Ihr Offener Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundestages vom 30.07.2010

Sehr geehrter Herr Bauer,

herzlichen Dank für Ihren Offenen Brief zur Rentenpolitik, auf den ich Ihnen auch im Namen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag sehr gerne antworte. Meine Kolleginnen und Kollegen und insbesondere ich als rentenpolitischer Sprecher der Fraktion, haben uns sehr über Ihre klaren Worte und vor allem auch über die Tatsache gefreut, dass die Richtung und die Positionen des SoVD und der LINKEN in der Rentenpolitik sich weitgehend decken.

Die gesetzliche Rentenversicherung muss den Lebensstandard sichern und vor Altersarmut schützen. „Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente“ lautet der rentenpolitische Dreiklang der Partei DIE LINKE. Die LINKE stimmt Ihnen ausdrücklich zu, wenn Sie feststellen, dass eine solidarische Alterssicherungspolitik sowohl über den Arbeitsmarkt als auch über die gesetzliche Rentenversicherung gestaltet werden muss. Der zunehmende Verlust des einmal Erreichten und die wachsende Armut im Alter sind Folgen einer falschen Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik.

In den vergangenen zehn Jahren haben die Bundesregierungen nach dem Motto „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“ den Niedriglohnsektor massiv ausgebaut und gleichzeitig die gesetzliche Rentenversicherung zu Gunsten einer weder wünschenswerten noch für die Einzelnen wirksamen privaten Alterssicherung demontiert. Mini-Jobs, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs und die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel (insbesondere Riester-Faktor und Nachholfaktor, aber auch der Nachhaltigkeitsfaktor) sowie die Rente erst ab 67 sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Sehr geehrter Herr Bauer, Sie können sicher sein, dass die Fraktion DIE LINKE im Bundestag die rentenpolitischen Forderungen des SoVD aus voller Überzeugung unter-



Matthias W. Birkwald, MdB

Rentenpolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

stützt. In der laufenden Legislaturperiode haben wir bereits entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht, die jedoch sowohl von den Regierungsfractionen als größtenteils auch von den anderen Oppositionsfractionen abgelehnt worden sind:

DIE LINKE setzt sich arbeitsmarktpolitisch für gute Arbeit ein (BT-Drs. [17/1396](#)). Gute Arbeit gibt es nur in sicheren, geregelten, geschützten und vor allem auch Existenz sichernden Beschäftigungsverhältnissen, die Frauen und Männern gleichermaßen und zu gleichen Bedingungen offen stehen (BT-Drs. [17/891](#)). Deshalb setzen wir uns unter anderem dafür ein, Leiharbeit strikt zu begrenzen (BT-Drs. [17/426](#)) und die Befristung von Arbeitsverhältnissen einzudämmen (BT-Drs. [17/1968](#)). Ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von zehn Euro ist für DIE LINKE eine Mindestbedingung guter Arbeitsmarktpolitik (BT-Drs. [17/890](#)). Wir wollen Langzeitarbeitslosigkeit und nicht Langzeiterwerbslose bekämpfen. Deswegen steht die DIE LINKE für eine gute öffentlich geförderte Beschäftigung (BT-Drs. [17/1397](#)) und fordert, das restriktive, strafende und auf Lohndumping zielende System Hartz IV abzuschaffen und durch eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung zu ersetzen (BT-Drs. [17/659](#)).

Gute Arbeit und gute Löhne führen nur dann zu einer guten Rente, wenn die gesetzliche Rentenversicherung endlich wieder so gestaltet wird, dass sie vor sozialem Abstieg ebenso wie vor Armut schützt. Die Bundesregierungen der vergangenen zehn Jahre haben dieses Ziel der Beitragssatzstabilität geopfert. Diese falsche politische Weichenstellung muss korrigiert werden. Deswegen fordert DIE LINKE, die Kürzungsfaktoren in der Rentenformel zu streichen (BT-Drs. [17/1145](#)) und den Schutz bei Erwerbsminderung umfassend zu verbessern (BT-Drs. [17/1116](#)). Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“ (BT-Drs. [17/2271](#)) dokumentiert umfassend und eindeutig, dass die Rente erst ab 67 nichts anderes als ein groß angelegtes Rentenkürzungsprogramm ist. Die Regelaltersgrenze auf 67 anzuheben war und ist falsch. Deswegen muss sie ohne Wenn und Aber zurück genommen werden. Denn niemand darf bestraft werden, weil die Wirtschaft keinen adäquaten Arbeitsplatz für sie oder ihn bietet. Das gilt für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso wie für Langzeiterwerbslose. Im Zuge des so genannten „Sparpakets“ will die Bundesregierung den bisher für Langzeiterwerbslose an die Rentenkasse gezahlten Beitrag wegekürzen. Dieser Beitrag zur Rentenversicherung ist systematisch unter Beteiligung oder Zustimmung von CDU/CSU und FDP gesenkt worden, und von den gleichen Akteuren wird nun festgestellt, dass der verbliebene Rest nun so gering sei, dass auch er noch gestrichen werden könne. Noch Mitte der 1990er Jahre wurden für Langzeiterwerbslose, die Arbeitslo-



Matthias W. Birkwald, MdB
Rentenpolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

senhilfe bezogen, durchschnittlich pro Kopf 235 Euro an die Rentenkasse überwiesen. Die Basis, auf die der Beitrag an die GRV zu berechnen war, ist seitdem wiederholt geändert worden, so dass der tatsächliche Zahlbetrag stetig auf schlussendlich 40 Euro gesunken ist. DIE LINKE fordert deshalb, den Betrag nicht nur beizubehalten, sondern auf das 6,5-Fache zu erhöhen (BT-Drs. [17/1735](#)).

DIE LINKE folgt einem einfachen Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung. Daraus folgt unweigerlich, dass nach zwanzig Jahren Sankt-Nimmerleins-Politik endlich der aktuelle Rentenwert (Ost) auf das Westniveau angehoben und die Höherwertung beibehalten werden muss (BT-Drs. [16/6734](#)). Wir wollen die rentenpolitische Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. In dieser Legislaturperiode werden wir erneut einen entsprechenden Antrag in den Bundestag einbringen.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE muss die falsche, weil sozialen Abstieg und Altersarmut befördernde, Rentenpolitik der vergangenen zehn Jahre rückgängig gemacht werden. Das ist für eine gute Rente notwendig, aber nicht hinreichend. Langfristig muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden. Ob nun bereits heute Versicherungspflichtige, Selbständige oder Beamte – alle Erwerbstätigen sollen in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden. Wir wollen im Rahmen unseres Konzepts das solidarische Moment in der Alterssicherung stärken, die Einnahmeseite ausbauen und zugleich die Kosten für die Versicherten absenken. Im nächsten Jahr werden wir unser Konzept aus der vergangenen Legislaturperiode (BT-Drs. [16/6440](#)) aktualisiert in den Bundestag einbringen.

Sehr geehrter Herr Bauer, in der Hoffnung und in der festen Absicht, auch weiterhin mit dem SoVD an einem rentenpolitischen Strang zu ziehen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen,

Matthias W. Birkwald

Anhang

Liste der im Brief genannten arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Anträge der Fraktion DIE LINKE im Bundestag



Matthias W. Birkwald, MdB

Rentenpolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Anträge der Fraktion DIE LINKE	Drucksachenummer
„Die gesetzliche Rentenversicherung zur solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausbauen“	BT-Drs. 16/6440
„Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert“	BT-Drs. 16/6734
„Lohndumping verhindern – Leiharbeit strikt begrenzen“	BT-Drs. 17/426
„Weg mit Hartz IV – Für gute Arbeit und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung“	BT-Drs. 17/659
„Niedriglöhne bekämpfen – Gesetzlichen Mindestlohn einführen“	BT-Drs. 17/890
„Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern wirksam durchsetzen“	BT-Drs. 17/891
„Schutz bei Erwerbsminderung umfassend verbessern – Risiken der Altersarmut verringern“	BT-Drs. 17/1116
„Zur Stabilisierung des Rentenniveaus: Riester-Faktor streichen – Keine nachholenden Rentendämpfungen vornehmen“	BT-Drs. 17/1145
„Mit guter Arbeit aus der Krise“	BT-Drs. 17/1396
„Gute öffentlich geförderte Beschäftigung – Eine Alternative zu Langzeiterwerbslosigkeit und Ein-Euro-Jobs“	BT-Drs. 17/1397
„Risiken der Altersarmut verringern – Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose erhöhen“	BT-Drs. 17/1735
„Befristung von Arbeitsverhältnissen eindämmen“	BT-Drs. 17/1968
„Beschäftigungssituation Älterer, ihre wirtschaftliche und soziale Lage und die Rente ab 67“	BT-Drs. 17/2271

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Matthias W. Birkwald
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Matthias W. Birkwald, MdB			
Büro Berlin			
156 / 2. Aug. 2010			
MdB	MA	Sekr.	Sonstige
Verfügung: <input checked="" type="checkbox"/> => CB 2K ✓			

Präsident

Tel.: 030 / 72 62 22 – 0
Fax: 030 / 72 62 22 – 328

30. Juli 2010

Hoe

Offener Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundestages

Sehr geehrter Herr Birkwald,

die vom Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle losgetretene Debatte um die so genannte Rentengarantie hat bei vielen Rentnerinnen und Rentnern zu großen Verunsicherungen geführt. Es ist daher zu begrüßen, dass die Bundeskanzlerin die Forderung nach einer Abschaffung der Rentengarantie umgehend zurückweisen ließ.

Mit der Rentengarantie soll das Vertrauen der Älteren und der Jüngeren in ein stabiles Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt werden. Dies war und ist immer noch dringend geboten. Denn kaum eine andere Personengruppe in Deutschland musste in den vergangenen Jahren so starke Kaufkraftverluste bei ihren Einkommen hinnehmen wie die Rentnerinnen und Rentner. Durch Nullrunden und nur geringfügige Rentenanpassungen sowie Beitragssatzsteigerungen in der Kranken- und Pflegeversicherung haben die Renten allein zwischen 2004 und 2008 um mehr als zehn Prozent an Kaufkraft verloren. Selbst die relativ hohe Rentenanpassung im Wahljahr 2009 konnte den permanenten Wertverfall der Renten nicht aufhalten. Durch die Nullrunde in diesem Jahr und die unverändert steigenden Belastungen in der Krankenversicherung setzen sich die fortwährenden Kaufkraftverluste vielmehr fort. Ein Ende der Abwärtsspirale bei den Renten ist nicht in Sicht, da auch für die kommenden Jahre mit Nullrunden bzw. geringfügigen Rentenanpassungen und mit weiter wachsenden Belastungen in der Krankenversicherung gerechnet wird.

Hinzu kommt, dass bei Neurentnerinnen und -rentnern seit zehn Jahren ein Besorgnis erregender Rückgang bei den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen festzustellen ist. Belief sich der durchschnittliche Zahlbetrag einer im Jahr 2000 beginnenden Altersrente bei den Männern (West) noch auf 916 Euro, so lag 2008 bei nur noch rund 865 Euro. Der durchschnittliche Zahlbetrag einer im Jahr 2000 beginnenden Erwerbsminderungsrente bei den Männern (West) betrug 780 Euro und erreichte im Jahr 2008 mit etwa 641 Euro gerade einmal das Grundsicherungsniveau; in den neuen Bundesländern unterschreitet er das Grund-

sicherungsniveau bereits deutlich. Dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner trotz erheblicher Beitragsvorleistungen mit ihren Renten nicht mehr über die Runden kommen, belegen nicht zuletzt die Zuwachsraten bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Vor diesem Hintergrund muss die Politik nicht nur das Problem der drohenden Altersarmut endlich in Angriff nehmen, sondern auch Maßnahmen ergreifen, die eine angemessene Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an der allgemeinen Lohnentwicklung sicherstellen. Vor allem die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel haben dazu geführt, dass Rentnerinnen und Rentnern in den zurückliegenden Jahren zunehmend von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt wurden. Mit dem ab nächstem Jahr einsetzenden, so genannten Nachholfaktor wird sich dies noch verschärfen. Gleichzeitig wurde durch die Öffnung des Niedriglohnssektors und die Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen einer ausreichenden Lohnentwicklung als Basis für angemessene Rentenanpassungen der Boden entzogen. Wie eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation zeigt, stagniert die Niedriglohnbeschäftigung auf hohem Niveau: Jeder Fünfte in unserem Land ist im Niedriglohnsektor beschäftigt, fast 6 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen zum Teil deutlich weniger als 8,50 Euro in der Stunde.

Die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel und der ausufernde Niedriglohnsektor sind zentrale Ursachen für die permanenten Kaufkraftverluste, denen Rentnerinnen und Rentner seit vielen Jahren ausgesetzt sind. Mit diesen Kaufkraftverlusten werden zugleich auskömmliche Renten für die heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in zunehmendem Maße gefährdet. Wer sich daher ernsthaft und glaubwürdig für lohnorientierte Rentenanpassungen ausspricht, muss auch für die Abschaffung der Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel und für eine ausreichende Lohnentwicklung eintreten. Letzteres erfordert vor allem wirksame Maßnahmen gegen Lohndumping und prekäre Beschäftigung, insbesondere weitere Branchenmindestlöhne und einen gesetzlichen Mindestlohn als bundeseinheitliche Lohnuntergrenze.

Im Interesse der heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner halte ich es für unverzichtbar, dass Sie sich mit Nachdruck für eine angemessene Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an einer guten Lohnentwicklung einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Adolf Bauer

Präsident